



# LANDTAGSPOST

HELMUT DAMMANN-TAMKE

KAI SEEFRIED

Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion

Ausgabe Juni 2017

## EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

„Gute Laune bei der CDU“ - so hat das Stader Tageblatt über den Sommerempfang des CDU Kreisverbandes getitelt. In der Tat ist die Stimmung derzeit sehr gut. Die vergangenen Landtagswahlen und die aktuellen Umfragen und Prognosen geben Rückenwind und sind Motivation für unsere Arbeit. Nach einer aktuellen Umfrage der Bild Hannover kämen CDU (41) und FDP (9) aktuell auf eine satte Mehrheit in Niedersachsen. SPD (27) und Grüne (8) lägen danach aktuell 15%-Punkte hinter uns. Diese Ausgabe der Landtagspost macht an den aktuellen politischen Themen aber deutlich, dass es jetzt in keinem Fall heißen darf zurücklehnen und abwarten, sondern dass wir unsere engagierte Arbeit ruhig und gelassen fortsetzen müssen.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß bei der Lektüre und einen schönen Sommer!

*Kai Seefried*

## Landesregierung in der Vergabefilz-Krise – auch Staatskanzlei vergab öffentlichen Auftrag nach der Methode Lies

**Hannover.** Die Vergabe-Affäre um Wirtschaftsminister Lies hat sich auf das unmittelbare Umfeld von Ministerpräsident Weil ausgeweitet. Auch in der Staatskanzlei ist nach dem Muster der Liesschen Vergabemethode – informelle Vorfeld-Absprachen und anschließender Zuschlag für den Wunschbewerber – verfahren worden. Davon ist der CDU-Landtagsabgeordnete Uwe Schünemann überzeugt. Anlässlich der Einsetzung des Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Vergabemauscheleien durch Rot-Grün erklärte Schünemann: „Die Methode Lies liefert offenbar die Blaupause bei der Umgehung öffentlicher Auftragsvergaben für weitere Häuser der rot-grünen Landesregierung. Nach ausführlichen Vorabgesprächen zwischen Auftraggeber und Wunschbewerber wird die Ausschreibung maßgeschneidert und mit einem engen zeitlichen Rahmen versehen veröffentlicht. So ist gewährleistet, dass das zuvor ausgesuchte Unternehmen am Ende auch zum Zuge kommt.“

So habe sich nach Einsicht in die Akten der ebenfalls umstrittenen Vergabe des Bogumil-Gutachtens der Landesregierung zu den Regionalämtern ergeben, dass die Regierungssprecherin bei der Ausschreibung zur Findung des neuen Landes-Claims („Niedersachsen. Klar.“) die Dienste der in SPD-Kreisen bekannten Kommunikationsagentur „Kronacher Kommunikation“ offenbar noch vor der öffentlichen Ausschreibung bevorzugt habe. „Wie in schon in der Neoskop-Affäre gab es Vorabgespräche zwischen einer Staatssekretärin und dem ausgewählten Unternehmen, die bei der späteren Ausschreibung verschwiegen wurden. Wie in schon in der Neoskop-Affäre wurden nach der Auftragsvergabe an den Wunschkandidaten erhebliche Geldsummen nachgeschossen. Mit einem ordentlichen Vergabeverfahren hatte auch die Ausschreibung für eine Beratung der Staatskanzlei wegen des neuen Landesclaims nichts zu tun“, kritisiert Schünemann.

Dass rechtmäßige Ausschreibungen durch Ministerien systematisch hintertrieben würden, sei ein zutiefst bedenklicher Vorgang, sagt Schünemann. „Die Reputation des Landes und der rot-grünen Landesregierung haben durch den Vergabefilz erheblichen Schaden genommen. Die gezielte Aushebelung eines fairen Wettbewerbs durch die Regierung Weil lassen Niedersachsen als Bananen-Republik erscheinen.“

Der nun eingesetzte 24. Parlamentarische Untersuchungsausschuss werde die Machenschaften der Landesregierung bei öffentlichen Ausschreibungen lückenlos aufklären, kündigte der CDU-Politiker an. „Anhand der jetzt bekannten Tricksereien muss befürchtet werden, dass wir das ganze Ausmaß des Vergabefilzes noch gar nicht überblicken können. Der Untersuchungsausschuss wird einiges zu tun haben.“

## Nacke: Unwissenheit und Tatenlosigkeit im Umgang mit islamistischer Szene: Rot-Grün ist Sicherheitsrisiko für Niedersachsen

**Hannover.** Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Jens Nacke, wirft Innenminister Pistorius im Umgang mit der salafistischen Szene in Niedersachsen „Unwissenheit und Tatenlosigkeit“ vor. „Entgegen der Behauptung des Innenministers, weiß man eben nicht, wer die Gefährder sind und wo sie sich aufhalten. Das haben die Antworten des Ministers in den Dringlichen Anfragen einmal mehr deutlich gezeigt“, kritisiert Nacke. So habe Pistorius beispielsweise nicht sagen können, wie viele Ausreisen mit Kindern aus Niedersachsen nach Syrien oder in den Irak es in den vergangenen Jahren gegeben habe.



Offenbar werde sich unter Rot-Grün um die Kinder aus salafistisch geprägten Familien überhaupt nicht gekümmert. „Es ist absolut unverständlich, wie eine Familie, die bereits ins Visier des LKA geraten ist, mit zwei kleinen Kindern nach Syrien ausreisen und über Monate hinweg weiter Sozialleistungen kassieren kann“, so Nacke mit Blick auf den Fall einer Wolfsburger Familie, der Anfang dieser Woche bekannt geworden ist. „Die Unkenntnis des Innenministers über so wichtige Daten ist erschreckend. Die rot-grüne Landesregierung und ihr Umgang mit islamistischen Gefährdern sind inzwischen ein echtes Sicherheitsrisiko für Niedersachsen.“

## Bäumer: Hochwasserschutz ist Daueraufgabe in Niedersachsen – CDU fordert weniger Bürokratie und mehr Förderung für präventive Maßnahmen



**Hannover.** Die CDU-Landtagsfraktion fordert von der rot-grünen Landesregierung mehr Engagement beim Hochwasserschutz. „Der Hochwasserschutz ist in Niedersachsen eine Daueraufgabe, der höchste Priorität eingeräumt werden muss“, sagte Martin Bäumer, umweltpolitischer Sprecher Fraktion, im Rahmen der abschließenden Landtagsberatung eines entsprechenden CDU-Antrags. In einem insgesamt 14 Punkte umfassenden Forderungskatalog plädiert die CDU unter anderem für eine Entlastung der Hochwasserschutz-Verbände von unnötiger Bürokratie sowie eine umgehende Aktualisierung des Bemessungshochwassers. „Die Deichverbände brauchen dringend Klarheit, über die erforderliche

Höhe der Deiche“, so Bäumer. „Wir wollen einen effektiven Hochwasserschutz, der sich an den praktischen Bedürfnissen der betroffenen Stellen orientiert. Vor allem präventive Maßnahmen müssen stärker als bislang gefördert werden.“

Den von SPD und Grünen vorgelegten Änderungsantrag lehnt der CDU-Umweltexperte ab. Bäumer: „Wesentliche Punkte – wie der von uns geforderte Versicherungsschutz für Ehrenamtliche durch das Land oder die interministerielle Landes-Koordinierungsstelle ‚Hochwasserschutz‘ – sind bei Rot-Grün einfach unter den Tisch gefallen.“ Gleiches gelte für das von der CDU angeregte Verfahrensvereinfachungsgesetz nach sachsen-anhaltinischem Vorbild sowie die dringend notwendige Festlegung realistischer Fristen für Bewilligungsbescheide. „Unser Antrag ist das Original, der von SPD und Grünen nicht mehr als eine schlechte Kopie.“

## Kai Seefried setzt sich für Fahrgäste des Metronom ein

**Hammah.** Bereits seit mehreren Monaten fehlt am Bahnhof Hammah ein Fahrkartenautomat. Aufgrund von immer wieder auftretenden Vandalismusschäden wurde der Automat abgebaut und bis heute nicht erneuert. Für die Fahrgäste, die Hammah als Einstieg nutzen, führte dies zu erheblichen Einschränkungen, da es dort jetzt überhaupt keine Möglichkeit mehr zum Erwerb einer Fahrkarte gibt. Auch in Himmelpforten kommt es bereits seit längerem zu Einschränkungen für die Fahrgäste, da dort nur noch ein Automat in einer Fahrtrichtung vorhanden ist. Da aber für die Nutzung des Metronoms



ausdrücklich vorgeschrieben ist, dass das Fahrticket vor der Fahrt beziehungsweise vor dem Einstieg zu erwerben ist, haben Fahrgäste auf die Nutzung des Metronoms verzichtet und es soll auch zu entsprechenden Strafzahlungen, die durch die Fahrgäste geleistet werden mussten, gekommen sein. Diese Situation hat der CDU-Landtagsabgeordnete Kai Seefried aufgegriffen und sich an den Geschäftsführer der Metronom Eisenbahngesellschaft gewendet. Seefried fordert in einem Schreiben an die Metronom Eisenbahngesellschaft, die Fahrkartenautomaten zu erneuern oder einen Verkauf der Tickets im Metronom zu ermöglichen. Mit Unverständnis reagiert Seefried darauf, wenn Fahrgäste mit Strafzahlungen belegt werden. „Wir sind so dankbar für die Entwicklungen im ÖPNV in den vergangenen Jahren. Gerade im Bereich der Bahnverbindung zwischen Cuxhaven und Hamburg könnte viel für die Fahrgäste und vor allem auch Pendler erreicht und positiv verbessert werden“, so Seefried. Es dürfe daher jetzt nicht zu künstlichen Einschränkungen für die Fahrgäste kommen, die durch den Betreiber verursacht werden. Die Metronom Eisenbahngesellschaft hat mittlerweile auf die Initiative Seefrieds reagiert und schriftlich dazu Stellung genommen. Danach bedauert Metronom, dass es zu den Einschränkungen für die Fahrgäste gekommen ist. Vandalismus und Diebstähle der Fahrkartenautomaten haben in einem solchen Maße zugenommen, dass nicht ausreichend Reserve beziehungsweise Ersatz zur Verfügung gestanden habe. Nachteile für die Fahrgäste sollen aber dennoch nicht entstehen. Laut Metronom ist es natürlich das Einfachste, dass Ticket zunächst im Vorwege online zu bestellen, aber auch wenn dies nicht der Fall ist, sollen keine Strafzahlungen entstehen. Laut Metronom gibt es für solche Situationen ein entsprechendes Verfahren. Danach sollen die Fahrgäste ohne Fahrkarte einsteigen und sich an das Personal wenden. Der Zugbegleiter stellt dann eine als Automatenstörung codierte Fahrpreisnacherhebung aus. Zunächst muss der Fahrgast nichts unternehmen und wird nach einer Überprüfung der Metronom Eisenbahngesellschaft angeschrieben. Mit diesem Schreiben wird dann der tatsächliche Fahrpreis nachgefordert und der Fahrgast überweist den Fahrpreis. Sollte es dennoch zu Strafzahlungen gekommen sein, fordert Metronom auf, sich direkt an die Gesellschaft zu wenden, um diese Vorgänge aufzuklären. Seefried bietet hierfür auch eine entsprechende Vermittlung zwischen Fahrgästen und Metronom an. Personen die entsprechende Strafzahlungen geleistet haben, können sich gerne direkt an Kai Seefried wenden und den Vorgang am besten per E-Mail an: [mail@kai-seefried.de](mailto:mail@kai-seefried.de) schildern. Die Metronom Eisenbahngesellschaft hat aber auch angekündigt, bis Ende Juni den Fahrkartenautomaten in Hammah wieder zu ersetzen.



## CDU Sommerfest mit Althusmann

**Jork.** Im Rahmen der „Woche der CDU“ hatte der CDU Kreisverband Stade zu einem Sommerempfang auf den Harmshof in Jork eingeladen. Rund 170 Gäste folgten der Einladung. Als besonderer Ehrengast war der



Landesvorsitzende der CDU in Niedersachsen und Spitzenkandidat für die Landtagswahl am 14. Januar 2018 Dr. Bernd Althusmann dabei. Der gesamte Sommerempfang zeigte eine hochmotivierte CDU, die sich für die anstehenden Wahlkämpfe für die Bundestagswahl und die Landtagswahl gut gerüstet sieht. Der CDU-Kreisvorsitzende Kai Seefried beschrieb die Stimmung so, dass man sich in der Partei auf die anstehenden Wahlkämpfe förmlich freue, „wir haben die richtigen Kandidaten, die richtigen Themen und werden alles dafür tun, dass in 106 Tagen bei der Bundestagswahl und in 218 Tagen bei der Landtagswahl die Weichen wieder für CDU-geführte Regierungen gestellt werden“, so Seefried.

Für den Landtagswahlkampf hat die Junge Union Niedersachsen zur Unterstützung des Spitzenkandidaten das „A-Team“ gebildet. Auch der Kreisverband der Jungen Union Stade hatte sich zur Begrüßung Althusmanns in Jork mit den entsprechenden T-Shirts ausgestattet. Bernd Althusmann nutzte den Sommerempfang, um die Gäste auf die anstehenden Wahlkämpfe einzustimmen. Kernpunkte der Programmatik sind im Wesentlichen die Themen der Sicherheitspolitik, der Bildung, der Zukunft des ländlichen Raumes, Wirtschaftspolitik und Digitalisierung. Als Beispiele nannte er die viel zu hohe Einbruchskriminalität auch im Hamburger Umland. Niedersachsen hat hier an der Grenze zur Metropole Hamburgs eine besondere Herausforderung und benötigt für die Polizei dementsprechend auch eine bessere Ausstattung. „Wir wollen, dass die Menschen hier sicher leben können und sich auch sicher fühlen“, so Althusmann. Mit Blick auf den zeitgleich stattfindenden Parteitag der Grünen forderte Althusmann mit etwas Ironie, dass er hoffe, dass sie alle ihre Forderungen, die sie im Vorwege bereits angekündigt haben, auch wirklich umsetzen. Die Menschen in unserem Land sollen sehen, dass die Grünen eine Verbotspartei sind, die selbst Onlinebestellungen am Sonntag verbieten wollen und bei jeder Gelegenheit gegen Infrastruktur protestieren und die gerade auch für unsere Region so wichtigen Autobahnprojekte immer wieder verhindern. Althusmann betonte, dass er auch besonders gerne in den Landkreis Stade gekommen ist, um die örtlichen Kandidaten für die Bundestagswahl mit Staatssekretär Enak Ferlemann und dem Bundestagsabgeordneten Oliver Grundmann und natürlich auch für die Landtagswahl mit Helmut Dammann-Tamke und Kai Seefried zu unterstützen.

Für den Sommerempfang hatte die CDU neben den besonderen Gästen mit den Abgeordneten des Landtages und des Bundestages, die alle an der Veranstaltung teilgenommen haben, dem Spitzenkandidaten Bernd Althusmann und weiteren Funktions-trägern der CDU aus der Region auch einen ganz besonderen Ort gewählt. Den Rahmen bildete der historische Harmshof in Jork-Königreich, der so in seiner Form und in diesem Alter die einzige Hofanlage im Alten Land ist und auch bereits mehrfach als Filmkulisse diente.



## Immer neue Impulse im Natureum

**Balje.** Der CDU-Kreisvorstand hat sich im Rahmen einer Vorstandssitzung vor Ort im Natureum in Balje über die Arbeit des Natureums und zukünftige Perspektiven informiert. Die Vorstandssitzung wurde im Rahmen der



„Woche der CDU“ auch für die Öffentlichkeit geöffnet, so dass auch weitere Gäste die Möglichkeit hatten, sich direkt vor Ort im Gespräch mit Geschäftsführer Lars Lichtenberg zu informieren. Das Natureum hat in den vergangenen Jahren viele Neuerungen auf den Weg gebracht und Veränderungen umgesetzt. Erst vor 2 Jahren wurde am Eingangsbereich des Natureums mit der sogenannten „Küstenwelle“ ein ganz neues Eingangs- und Ausstellungsgebäude geschaffen. In einem sehr ansprechenden und modernen Ambiente werden dort jetzt die Gäste begrüßt und es gibt auch die Möglichkeit eines Unterrichtsraumes für Schulklassen. Die Hauptausstellung im Natureum selbst wurde ebenfalls erst vor wenigen Jahren komplett neu konzipiert und nach modernsten

museumspädagogischen und didaktischen Ansprüchen gestaltet. Im vergangenen Jahr trat dann Lars Lichtenberg die Nachfolge von Dr. Clivia Häse als neuer Geschäftsführer des Natureums an. Lars Lichtenberg begrüßte den CDU-Kreisvorstand und seine Gäste im neuen Eingangsgebäude und nutzte anschließend während eines Rundganges durch den Elbe-Küstenpark die Gelegenheit, um die Entwicklungen der letzten Jahre darzustellen und auch neue Perspektiven aufzuzeigen. Nachdem die Investitionen in der Vergangenheit sehr stark auf die größeren Bauprojekte konzentriert waren, besteht derzeit Nachholbedarf gerade im Bereich der Außenanlagen, wobei auch hier heute bereits gerade auch für Kinder und Jugendliche ein sehr ansprechender Rahmen geboten wird. In naher Zukunft ist die Überarbeitung des Außenkonzeptes vorgesehen. Erste Fördergelder, u.a. für ein durchgängiges neues Beschilderungssystem sind bereits genehmigt. Weitere Ideen sind die Anlage einer Moorlandschaft im unmittelbaren Umfeld des Hauptgebäudes oder ein großes Wildvogelgehege. Als Besonderheit der Moorlandschaft soll hier die Möglichkeit gegeben werden, über ein verglastes Treppenhaus sozusagen direkt in das Moor einzutauchen und das Wachstum beobachten zu können. Geschäftsführer Lichtenberg liegt vor allem aber auch die Zusammenarbeit mit den Schulen der Region am Herzen. Das Natureum ist offizieller außerschulischer Lernort. Hier wird zukünftig verstärkt auf den Besuch von Schulklassen aus der Region gesetzt. Das Natureum will sich aber auch auf den Weg zu den Schülern machen. So ist die Anschaffung eines Forschungsmobiles geplant, mit dem das Natureum mit verschiedensten Forschungsprojekten direkt die Schulen besuchen kann. Das Ziel ist natürlich im Anschluss den Gegenbesuch im Natureum durchzuführen. Die Mitglieder des CDU-Kreisvorstandes waren begeistert von den immer wieder neuen Impulsen, die im Natureum entstehen, um auch zukünftig ein attraktiver Ausflugsort für die Region zu sein. Aktuell besuchen das Natureum rund 32.000 Menschen pro Jahr, hiervon sind 80% Touristen.

## Thümmler: Konzeptloser Aktionismus in der rot-grünen Schulpolitik

**Hannover.** CDU-Fraktionschef Björn Thümmler hat die Ankündigungen von SPD und Grünen zur Inklusion und Sprachförderung als „konzeptlosen Aktionismus“ kritisiert. „Drei Wochen vor Schuljahresende greifen die Abgeordneten Kultusministerin Heiligenstadt ins Lenkrad, um den Frontal-Crash in der niedersächsischen Schulpolitik noch zu verhindern. Das Problem ist: Die Fehlentscheidungen der letzten Jahre und Monate lassen sich nicht rückgängig machen, indem nun spontan ein Schalter umgelegt wird“, sagt Thümmler. „Die schulische Turbo-Inklusion, die den Eltern mit Abschaffung der Förderschulen die Wahlfreiheit nimmt, ist und bleibt ein Fehler. Zusätzliches pädagogisches Unterstützungspersonal fordert die CDU schon lange – es ist jedoch offen, ob die nun angekündigten Stellen noch vor der Landtagswahl besetzt werden können“, so Thümmler. „Auf ein Konzept für den Einsatz dieser Mitarbeiter in den inklusiven Schulen oder gar einen neuen Grundsatzterlass warten die Schulen jedoch bereits seit 2013 vergeblich.“ Die ebenfalls angekündigte Rücknahme von Kürzungen in der Sprachförderung bezeichnet der Fraktionschef als „Krisenmanagement fünf nach Zwölf“. Erst würden an den Schulen Kurse gestrichen, dann sollten es künftig angeblich mehr sein als vorher. Thümmler: „Ohne den lautstarken Protest an den betroffenen Schulstandorten wäre gar nichts passiert. Wir warten gespannt auf die Beantwortung unserer umfangreichen Anfrage zu den Kürzungen. Erst nach den Sommerferien wird sich zeigen, ob die Sprachförderung im erforderlichen Umfang funktioniert. Ich bin da sehr skeptisch.“



# Flop

# 10↓

**Das Versagen der rot-grünen Landesregierung in Zahlen:**

## 16.405

Einbrüche 2016 - jede halbe Stunde wird irgendwo in Niedersachsen eingebrochen.

## 3.130

Unterrichtsstunden fallen in Niedersachsen täglich an allgemeinbildenden Schulen aus, weil die Lehrer dafür fehlen.

## 2.546

Gewerbeanmeldungen gab es in Niedersachsen 2016 weniger als im Vorjahr.

## 2.390

Abschiebungen ausreisepflichtiger Asylbewerber aus Niedersachsen scheiterten 2016 - mehr als die Hälfte der beim LKA beantragten Fälle.

## 1.700

bäuerliche Familienunternehmen mussten seit Regierungsantritt von Rot-Grün in Niedersachsen aufgeben.



**1.250**

**Lehrkräfte fehlen an den niedersächsischen Berufsschulen.**

**320**

**zusätzliche Stellen hat Rot-Grün seit 2013 in den Ministerien geschaffen. Damit haben SPD und Grüne die Ministerialverwaltung um mehr als 11 Prozent aufgebläht.**

**175**

**Nutztierrisse 2016 durch den Wolf: Jeden zweiten Tag fällt ein Schaf oder Rind auf einer Weide einem Wolf zum Opfer.**

**6**

**Mal wurde Rot-Grün des Verfassungsbruchs überführt.**

**0**

**Autobahnkilometer von A 20 und A39 hat Rot-Grün in Niedersachsen seit Regierungsantritt gebaut.**



## Althusmann: Gute Bildung ist der Schlüssel für unsere Zukunft "Besser lernen und Niedersachsens Zukunft gestalten!"



„Im täglichen Unterricht in unseren Schulen, in unseren Kitas und Krippen entscheidet sich die Zukunft unseres Landes. Die Qualität der Bildung entscheidet über unsere Lebensqualität von morgen“, erklärte Dr. Bernd Althusmann, CDU-Landesvorsitzender und Spitzenkandidat für die Landtagswahl, bei der Vorstellung des Bildungspapiers „Besser lernen und Niedersachsens Zukunft gestalten!“. Schwerpunkte des 10-Punkte-Papiers sind eine Unterrichtsgarantie von mehr als 100 Prozent für allgemein- und berufsbildende Schulen in Niedersachsen, ein einjähriges Moratorium für die Inklusion an niedersächsischen Schulen, einschließlich eines sofortigen Stopps der Schließung der Förderschulen, die Beitragsfreiheit im frühkindlichen Bereich für alle Eltern sowie bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ein neuer Zukunftsvertrag für einen guten Schulstart in unseren Grundschulen, eine deutliche Attraktivitätssteigerung für Schulleiter von Grundschulen und die Stärkung der berufsbildenden Ausbildung zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses. „Eine mehr als hundertprozentige Unterrichtsversorgung

ist die Grundlage für gute Schule. Der Unterrichtsausfall, der unter Rot-Grün zurzeit stattfindet, ist nicht länger tragbar. Eine CDU-geführte Landesregierung wird eine 100-prozentige Unterrichtsversorgung für alle allgemein- und berufsbildenden Schulen garantieren“, so Althusmann. „Der Bildungskette von Krippe, Kita und Grundschule werden wir ab 2018 mehr Gewicht im niedersächsischen Bildungssystem verleihen. Eltern erwarten zu Recht, dass wir nicht nur die Beitragsfreiheit garantieren, sondern auch die Qualität frühkindlicher Bildung stärken. Die Erzieherausbildung soll als duale Berufsausbildung neu gestaltet werden,“ so der Landesvorsitzende. „Der Versuch von Rot-Grün, eine Turboinklusion an Niedersachsen Schulen durchzupeitschen, ist gescheitert. Ein Moratorium für die Inklusion muss kommen, sonst scheitert die Inklusion in unserem Bundesland. Bundesweit sollte eine solche Denkpause eingelegt werden, weil wir in allen Bundesländern zu scheitern drohen. Lehrer, Eltern und Schüler werden damit allein gelassen. Das muss sich ändern. Im Vordergrund muss das Kindeswohl und die Wahlfreiheit der Eltern stehen. Inklusion gegen den Elternwillen lehnt die CDU in Niedersachsen ab“, stellt Althusmann fest. Bei der Berufsausbildung sollen die berufsbildenden Schulen künftig stärker Teil des jeweiligen regionalen Wirtschaftsstandortes werden, dabei dürfte eine Berufsschule mit ihrem Einzugsbereich nicht an den Grenzen des Schulträgers enden, heißt es im Bildungspapier. „Basis der beruflichen Bildung bleibt das duale System der Ausbildung in den Unternehmen, Handwerksbetrieben und berufsbildenden Schulen. Die Stellenstreichungen an den Berufsschulen werden wir als Voraussetzung für die Qualitätsentwicklung der berufsbildenden Schulen umgehend zurücknehmen. Auch die Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive kann entscheidend über den berufsbildenden Bereich gelingen. Dazu müssen bürokratische Hürden überwunden werden“, so der CDU-Landesvorsitzende.

## Hafenausbau bietet große Chancen

**Stade.** Bereits seit mehreren Jahren wird über einen weiteren Ausbau des Stader Seehafens in Bützfleth diskutiert. Der Arbeitskreis Häfen und Schifffahrt der CDU-Landtagsfraktion war jetzt auf Einladung des CDU-Landtagsabgeordneten Kai Seefried vor Ort, um sich über die aktuelle Situation des Hafens und den Sachstand der Ausbauplanungen zu informieren. Die Abgeordneten trafen sich vor Ort mit Vertretern des Seehafen Stade e.V. sowie der hafennahen Wirtschaft und Industrie mit den Unternehmen AOS, Dow, HBG und BUSS-Ports. Sie sind derzeit die Hauptnutzer im Stader Hafen und sind verantwortlich dafür, dass er wirtschaftlich sehr gut aufgestellt ist und vermutlich mit zu den lukrativsten Häfen in Niedersachsen gehört. Die Umschlagskapazitäten liegen stabil bei ca. 6,5 Millionen Tonnen. Damit liegt der Stader Hafen auf Platz 3 in Niedersachsen nach Wilhelmshaven und Brake. „Die gute Entwicklung, auch der letzten Jahre, zeigt, dass die Unternehmen das maximale aus den Standortmöglichkeiten herausholen. Der Hafen ist jetzt aber an seinen Grenzen und wird ohne weitere Ausbauplanung keine Chance haben, die Umschlagskapazitäten zu erhöhen“ stellte Kai Seefried fest. Auch das 2012 eingeweihte BUSS-Terminal ist mittlerweile sehr gut ausgelastet mit der Verladung von Windflügeln, großen Eisengussteilen aus der Stader Industrie, dem Umschlag von Ersatzbrennstoffen, die in Stade von größeren Schiffseinheiten auf Binnenschiffe umgeladen werden. Zukünftig soll auch der Transport von Airbus-Bauteilen über den Seehafen forciert werden. Die Hafenvertreter, aber auch die Landtagsabgeordneten waren sich einig,



dass schnellstens die weitere Ausbaustufe des Seehafens geplant werden muss. Genau über dieses Thema wird bereits seit vielen Jahren diskutiert. Zwischen 2008 und 2010 sah es sogar bereits einmal nach einer kurzfristigen Umsetzung aus. Damals plante das Land eine Hafenerweiterung von rund 40 Hektar, die neu in der Elbe aufgebaut werden sollten. All diese Pläne haben sich aber aufgrund von Bebauungsplanproblemen damals zerschlagen. Sehr schnell kam die Forderung, ein neues Planverfahren für eine bedarfsgerechte, kleinere Erweiterung auf den Weg zu bringen. Letzte Planungen gehen hier von knapp über 20 Hektar aus. Wie



die Landtagsabgeordneten gemeinsam mit großem Bedauern feststellten, wurden diese Planungen in den letzten Jahren nicht einmal im Ansatz weiterverfolgt, so dass die Hafenentwicklung planerisch derzeit wieder bei Null beginnen würde. „Wir brauchen jetzt endlich ein Planfeststellungsverfahren für den weiteren Bauabschnitt, damit wir keine weitere Zeit verlieren“, fordert Kai Seefried deutlich. Auch der Seehafen Stade e.V. wünscht sich schnellstens die Wiederaufnahme der bereits einmal begonnenen Planung. „Ob die nächste Erweiterung dann gleich in vollem Umfang erfolgt oder bedarfsgerecht in einzelnen Phasen ausgeführt wird, sei mal dahingestellt. Vor dem Hintergrund, welche lange Zeiträume heute für ein solches Planfeststellungsverfahren benötigt werden, ist es jetzt aber erforderlich, die Weichen richtig zu stellen, um in der Zukunft besser reagieren zu können“, so der Vorsitzende Marcus Schlichting. Als weiteres Argument für die nächste Ausbaustufe führt Schlichting die dringend notwendige Anbindung an die Schiene an. Ein neues Gleis, das zukünftig bis in den Hafen verlaufen soll, wird nur über die Fläche der Erweiterung erfolgen können, da die notwendigen Schienenverläufe nicht auf der derzeit vorhandenen Fläche zu realisieren sind. Für die CDU-Landtagsabgeordneten ist die große Hafenerweiterung aber nur eines der Zukunftsprojekte in Stade. Auch die vorhandenen Entlade-Einrichtungen im DOW-Hafen sollten perspektivisch um weitere Kapazitäten erweitert werden. Auch hierfür sollte zeitnah ein Planfeststellungsverfahren begonnen werden, damit, sobald die DOW in Kapazitätsengpässe kommt, eine Erweiterung umgesetzt werden kann. „Der Standort Stade mit seiner idealen Lage am seeschifftiefen Fahrwasser bietet enorme Potenziale“, fasste Seefried den Besuch des CDU-Arbeitskreises zusammen. Zu den Potenzialen gehört die strategisch gute Lage mit der Anbindung der hafennahen Industrie. Die Elbe könne hier ein umweltschonend und wirtschaftlich besonders sinnvolles Förderband werden, um z.B. Offshore-Bauteile in Richtung Cuxhaven zu transportieren oder auch in Richtung Hamburg den dortigen Hafen und die entsprechende Industrie zu beliefern. „Eigentlich müsse man nur noch anfangen“, so die Abgeordneten. Um die Themen auch im Parlament weiter voran zu bringen, plant die CDU-Fraktion eine schriftliche Anfrage an die Landesregierung zu den Sachständen der jeweiligen Hafenprojekte in Stade.

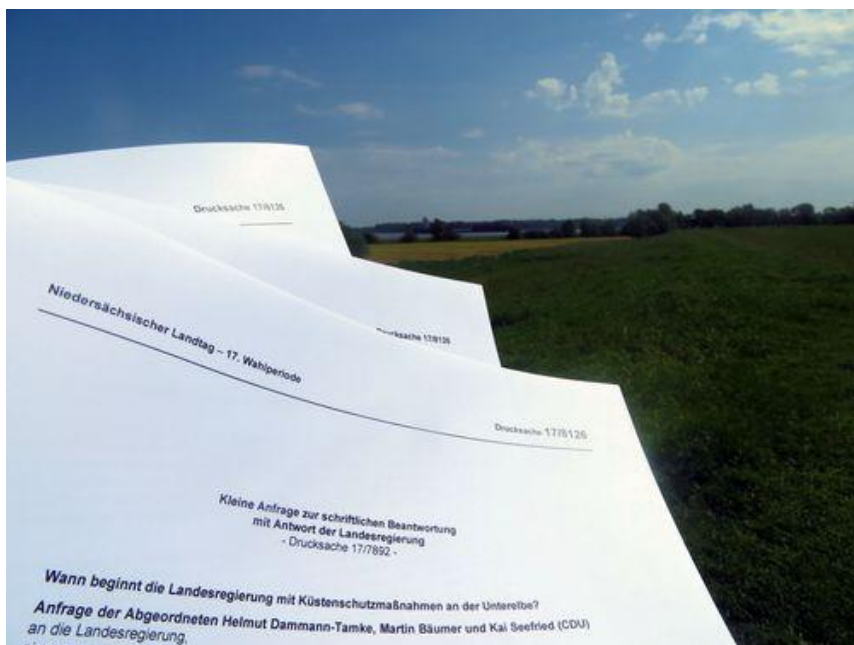
## Oesterhelweg: Energiewende ja, aber nicht auf Rücken der Bauern – CDU fordert wiederkehrende Entschädigungszahlungen für Landwirte

**Hannover.** Mit Blick auf die im „Rundblick“ erhobene Forderung von Landwirtschaftsminister Meyer, der Bund solle Bauern entschädigen, auf deren Grundstück Erdkabel der Suedlink-Stromtrasse verlaufen, fordert der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Frank Oesterhelweg, Meyer auf, sich für wiederkehrende Entschädigungszahlungen für Landwirte einzusetzen. „Wenn sich durch die Erdverkabelung der Boden erwärmt und dadurch Schäden an der Vegetation auftreten, müssen Landwirte einen fairen Ausgleich für die tatsächlich auftretenden Verluste erhalten.“ Meyer gehe aber überhaupt nicht auf die Sorgen der Landwirte ein.

„Niedersachsens Bauern benötigen wiederkehrende Zahlungen, die sie angemessen für ihre Verluste durch die Erdkabel entschädigen. Einmalzahlungen reichen nicht“, kritisiert Oesterhelweg. Schließlich seien die Grundeigentümer langfristig von den Stromtrassen sowie den möglichen ökologischen Auswirkungen betroffen und müssen dementsprechend langfristig entschädigt werden. „Natürlich setzen wir uns für den Netzausbau und die Beschleunigung der Energiewende ein, beides darf aber nicht auf dem Rücken der Bauern passieren.“

Bereits im September 2014 hatte die CDU-Landtagsfraktion einen Gesetzentwurf zur Änderung des Niedersächsischen Enteignungsgesetzes vorgelegt, in dem unter anderem jährlich wiederkehrende Zahlungen der Netzbetreiber an die vom Leitungsausbau betroffenen Grundstückseigentümer vorgesehen waren. Die Zahlungen sollten sich am tatsächlichen Verlust durch den Leitungsausbau und an den Gewinnen der Netzausbauer orientieren. „Der Gesetzentwurf hatte eine Entschädigung vorgesehen, die nicht am Verkehrswert des Grundstücks, sondern am wirtschaftlichen Vorteil der Netzbetreiber gemessen werden sollte“, so Oesterhelweg. Im Februar 2015 hatte Rot-Grün diesen Gesetzentwurf aber abgelehnt.

## Deichsicherheit wird weiter aufgeschoben - CDU-Abgeordnete erhalten Antwort der Landesregierung



**Landkreis Stade.** Wann beginnt die Landesregierung mit Küstenschutzmaßnahmen an der Untereelbe? So lautete der Titel einer schriftlichen Anfrage der beiden CDU-Landtagsabgeordneten Kai Seefried und Helmut Dammann-Tamke an die Niedersächsische Landesregierung. Die beiden Landtagsabgeordneten wollten wissen, wann die Landesregierung die Planungen für einen erhöhten Küstenschutz endlich konkretisieren und umsetzen wird. Jetzt liegt die Antwort vor und die Abgeordneten sehen sich darin bestätigt, dass die Landesregierung die Umsetzung des Generalplans Küste, der bereits seit 2007 vorliegt, nach wie vor nicht mit dem notwendigen Einsatz verfolgt. „Wichtige Fragen wie die Abstimmung zwischen den Bundesländern

über die abschließende Deichhöhe scheinen sich im Föderalismus der Länder zu verheddern“, so Helmut Dammann-Tamke. „Unsere Anfrage scheint der Landesregierung auch entsprechend unangenehm zu sein, da ist die Rede von gemeinsamen Abstimmungsergebnissen zwischen den Bundesländern die „Anfang dieses Jahrzehnts“ erreicht worden seien. Fakt ist, dass die beteiligten Behörden der betroffenen Bundesländer anscheinend Jahre aneinander vorbei gearbeitet haben“, ergänzt Kai Seefried. Die beiden Abgeordneten fordern daher ein konsequentes Handeln der Landesregierung. „Niedersachsen muss seiner Verantwortung gerecht werden und in dieser Angelegenheit nicht nur Mitläufer sein, sondern eine Führungsposition übernehmen“, so die beiden Abgeordneten. Verwundert sind die Abgeordneten das immer noch kein Auftrag für die Berechnung der Sturmflutseitelwasserstände und der Bemessungswasserstände an die Bundesanstalt für Wasserbau (BAW) erteilt worden ist. In dem Gespräch vor gut zwei Monaten im Umweltministerium mit Vertretern der Untereelberegion, dass durch den Stader Landrat Michael Roesberg initiiert worden war, wurde der Eindruck vermittelt, dass der Auftrag längst erteilt sei. In der jetzt vorliegenden Antwort muss die Landesregierung offenbaren, dass noch nichts geschehen ist. Hier ist jetzt die Rede davon, dass dies „kurzfristig“ erfolgen soll. „Für unsere Region hat der Küstenschutz eine existenzielle Bedeutung. Wir müssen den hohen Sicherheitsstandard, den wir hier heute haben, auch bei zukünftigen klimatischen Veränderungen und steigenden Wasserständen erhalten“, fordern Dammann-Tamke und Seefried. „Die weiteren zeitlichen Verzögerungen sind vor diesem Hintergrund absolut verantwortungslos. Vermutlich vergehen noch Jahre bis es für die Elbe ein abgestimmtes Sicherheitskonzept und auch die notwendigen Investitionsmittel für die Deichverbände geben wird“, bedauern die Abgeordneten und werden bei diesem Thema weiter Druck auf die Landesregierung ausüben.

## TERMINE KAI SEEFRIED

### 16. Juni 15 Uhr

Sitzung des Präsidiums und des Landesvorstandes der CDU in Niedersachsen in Hannover

### 17. Juni 11.30 Uhr

traditionelles Königssessen des Schützenvereins Kutenholz

### 19. Juni 18 Uhr

Sommerfest der Niedersächsischen Landesregierung in Berlin

### 21. Juni 11 Uhr

Airbus Ahoi - Eröffnung des neuen Transportweges über die Elbe für Airbus in Bützfleth

### 21. Juni 11.30 Uhr

Sommertour mit Bernd Althusmann in Stade

### 22. Juni 10 Uhr

Jahresgespräch mit BBS-Schulleitungen in Stade

### 2. Juli 11 Uhr

Fahrradtour CDU Gemeindeverband Drochtersen

### 12. August 18 Uhr

Begleitung einer Nachtschicht der Polizei in Stade

## TERMINE HELMUT DAMMANN-TAMKE

### 19. Juni 18 Uhr

Sommerfest der Niedersächsischen Landesregierung in Berlin

### 20. Juni 19 Uhr

Ortshandwerkerversammlung in Buxtehude

### 21. Juni 11.30 Uhr

Sommertour mit Bernd Althusmann in Stade

### 7. Juli 9.30 Uhr

Eröffnung der Tarmstedter Ausstellung in Tarmstedt

### 8. August 16 Uhr

Gesellschaftsabend Kreisverbindungs-kommando in Bargstedt

*Die hier dargestellten Termine sind nur eine kleine Auswahl der Termine der beiden Landtagsabgeordneten.*

## Infoveranstaltung „Der Wolf in unserer Heimat“

**Hammah.** Das war schon ein wirklich eindrucksvoller Abend. Rund 250 Gäste waren der Einladung des CDU-Kreisverbandes zur Diskussion über die Rückkehr des Wolfes in das Landhaus Hammah gefolgt. Es gab eine emotionale, aber auch von Sachlichkeit geprägte Diskussion mit den Gästen und den Podiumsteilnehmern. Die Botschaft des Abends war eindeutig: Es darf kein einfaches „weiter so“ geben! Die CDU will, dass Nutztierhaltung, Schafhaltung und damit ein sicherer Küstenschutz auch zukünftig möglich ist.

Kurzum: Die CDU will, dass die Menschen auch zukünftig in Sicherheit leben können. Die CDU-Landtagsfraktion hat hierfür einen 7-Punkte-Plan vorgelegt, der hier die notwendigen Maßnahmen aufzeigt.



## IMPRESSUM

### Herausgeber:

Kai Seefried MdL  
Helmut Dammann-Tamke MdL

### Anschrift:

Wahlkreisbüro Stade  
Am Hinterdeich 4  
21680 Stade

### Kontakt:

E-Mail: [mail@kai-seefried.de](mailto:mail@kai-seefried.de)  
E-Mail: [wahlkreisbuero@dammann-tamke.de](mailto:wahlkreisbuero@dammann-tamke.de)  
Telefon: 04141/ 7976488 oder 7976489

Möchten Sie die „Landtagspost“ per Email beziehen oder uns weiterempfehlen? Wir sind gerne für Sie erreichbar!

### Weitere Infos:

[www.kai-seefried.de](http://www.kai-seefried.de) oder [www.dammann-tamke.de](http://www.dammann-tamke.de)